

## Veränderung braucht uns

100-Tage-Programm der Fraktion DIE LINKE. vom 17. Oktober 2005.

### 1. Weg mit Hartz IV – soziale Grundsicherung einführen

Wir lehnen die Grundlage der Hartz IV-Gesetze ab: Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Verschulden, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Verantwortung. Deshalb wollen wir eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung einführen, mit der die Entwürdigung von Arbeitslosen beendet wird. Als einen ersten Schritt wollen wir Hartz IV grundlegend verändern:

- Anhebung des ALG II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Wohnung)
- Höhere Freibeträge für Alterssicherung
- Ausschluss der Zumutbarkeit von untertariflich bezahlter Arbeit
- bessere Zuverdienstmöglichkeiten
- Aufhebung der Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften
- Krankenversicherungsschutz für alle
- Verlängerung der ALG I-Bezugsdauer
- Ende der Datensammelwut

Unsere längerfristige Alternative ist die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse durch Einsatz der Mittel des ALG II, der Kosten für Unterkunft und der sog. Mehraufwandsentschädigung.

### 2. Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen und der US-Atomwaffen aus Deutschland

Wir haben am 8. November die Beendigung der Mandate für die Operationen »Enduring Freedom« und »Active Endeavour« und erneut den Abzug auch der unter ISAF-Mandat operierenden Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan gefordert. Der KSK-Einsatz in Afghanistan ist sofort zu beenden. Wir werden die

Bundesregierung auffordern, den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland zu verlangen. Verbunden damit ist die Forderung nach einer Revision der NATO-Strategie von 1999, die die Option eines Einsatzes von Atomwaffen enthält, und nach Aufgabe des völkerrechtswidrigen Konzepts der »nuklearen Teilhabe« der Bundeswehr.

### 3. Mindestlohn einführen

Unser Ziel ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1400 Euro brutto für ein Vollzeitarbeitsverhältnis. Arbeit muss existenzsichernd sein. Mit Anhörungen und Gutachten wird dies vorbereitet.

### 4. Mehr direkte Demokratie

Wir werden die Volksgesetzgebung wieder auf die Tagesordnung des Bundestages bringen und dafür u.a. vorschlagen, dass in Zukunft in Verbindung mit Bundestagswahlen eine Abstimmung über Sachfragen erfolgt. Programme des Bundes zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sollen fortgesetzt werden.

### 5. Beseitigung von Kinderarmut

Es ist ein Skandal, dass in unserem reichen Land über 1,7 Mio. Kinder in Armut leben. Deshalb werden wir vorschlagen, die Anrechnung des Kindergelds auf das ALG II und das Sozialgeld zu beenden.

### 6. Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland – Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse

Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG und die EU-Wirtschaftsfördermittel sollen auf Innovationsförderung und Förderung strukturschwacher Regionen ausgerichtet werden. Wir streben einen Fahrplan zur Gleichbehandlung an, ob bei der Rente, bei Löhnen oder Sozialleistungen. Dazu werden wir die Wiedereinsetzung des 2002 abgeschafften

Parlamentsausschusses Neue Länder als Ausschuss Neue Länder und regionale Strukturpolitik beantragen.

### 7. Steuergerechtigkeit

Wir wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Als ersten Schritt erarbeiten wir einen Gesetzentwurf zur Erhebung einer reformierten Vermögens- und Erbschaftssteuer. Statt binnenkonjunkturförderlicher Mehrwertsteuererhöhung wollen wir eine ermäßigte Mehrwertsteuer von 7% beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln einführen.

### 8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe

Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Laut DGB fehlen 290.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Wir werden einen Gesetzentwurf zur Förderung der Berufsausbildung einbringen: Wer nicht ausbildet, muss zahlen – wer ausbildet, muss unterstützt werden.

### 9. Bildung – gleicher Zugang, gleiche Qualitätsstandards

Kinder sollen überall und unabhängig von der sozialen Herkunft gleichen Zugang haben und auf ähnliche Bedingungen im Bildungsbereich stoßen. Kleinstaaterei hilft niemandem. Wir werden Initiativen für gleiche Qualitätsstandards der Bildung in ganz Deutschland, zur Bildungsfinanzierung und für die Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ergreifen.

### 10. Initiative gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die europäische Kommission hält an der Dienstleistungsrichtlinie fest. Der Bundestag hat am 30.6.2005 auf Antrag von Rot-Grün die Kommission aufgefordert, die Dienstleistungsrichtlinie völlig zu überarbeiten. Wir werden die neue Bundesregierung auffordern, gegen die Bolkestein-Richtlinie aktiv zu werden.

## Große Koalition: Die Kleinen zahlen.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist ein Generalangriff auf den Sozialstaat. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen – deren desolater Zustand nicht zuletzt auf den Steuersenkungen der letzten Jahre für Großkonzerne und Besserverdienende beruht – dient als Vorwand, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Gering- und Normalverdiener



weiter zu schröpfen. Hartz IV-Betroffene sollen mit 4 Mrd. weniger auskommen, die Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem soziale Benachteiligte und Geringverdiener mit 24 Mrd. Euro. Konzerne und Vermögende kommen hingegen fast ungeschoren davon. Die Reichensteuer bringt gerade 1,2 Mrd. Euro. Die Kleinen zahlen die Zeche der großen Koalition.

Die Linksfraktion wird alle parlamentarischen Möglichkeiten dagegen nutzen und außerparlamentarische Bewegungen unterstützen. Wir werden nicht hinnehmen,

- dass der Kündigungsschutz ausgehebelt wird
- dass Rentnerinnen und Rentnern eine Nullrunde nach der anderen droht
- dass Hartz IV-Opfer immer weiter in die Ecke getrieben werden
- dass die Mehrwertsteuererhöhung die Binnenkaufkraft senkt

## DIE LINKE. im Bundestag

Über vier Millionen Wählerinnen und Wähler haben 54 Abgeordnete der Linken in den 16. Deutschen Bundestag gewählt. Die 26 Frauen und 28 Männer haben sich in der Fraktion DIE LINKE. zusammengeschlossen, um soziale und solidarische Alternativen im Parlament hörbar zu machen und für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, mehr demokratischer Teilhabe, friedlichen Konfliktlösungen und ökologischer Nachhaltigkeit zu kämpfen.

Dazu laden sie Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gewerkschaften, Bewegungen, Bürgerinitiativen, Vereine ein, gemeinsam eine Politik zu entwickeln, die die Interessen der Menschen in den Vordergrund rückt. Deshalb wird eine außerparlamentarische Kontaktstelle in der Fraktion eingerichtet, deshalb werden die Wahlkreisbüros der Abgeordneten offene Bürgerbüros sein, wo man sich Rat und Hilfe holen kann.

In der Linksfraktion haben sich Mitglieder von Linkspartei.PDS, WASG und parteilose Menschen zusammengefunden. Sie wurden vielfach schon als das gewählt, wozu sie sich erst auf den Weg gemacht haben – als Politikerinnen und Politiker der neuen Linken in Deutschland. Diese neue Linke hat schon am Beginn ihres Weges die politische Landschaft in Deutschland kräftig durcheinander gewirbelt. Die soziale Frage ist allein durch die Existenz der Linken wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Die Mitglieder der Linksfraktion werden alles dafür tun, dass die vielen Hoffnungen, die sich auf die neue Linke richten, nicht enttäuscht werden.

**Kontakt:**  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22771248  
Fax: 030/22776248

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

## Linksfraktion in Aktion

### Abzug aus Afghanistan gefordert

Obwohl bereits ein neuer 16. Bundestag gewählt war, hat das noch amtierende Parlament am 28.09.2005 für die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan entschieden. Die Gegenstimmen der Linken kamen im Reichstagsgebäude von Gesine Löttsch und Petra Pau und davor mit einem Transparent von neugewählten Abgeordneten, die ihre parlamentarischen Möglichkeiten noch nicht nutzen konnten.



### Großer Zapfenstreich ohne Linksfraktion

Als parlamentarische Kulisse für eine militärische Großzeremonie stand die Linksfraktion nicht zur Verfügung. Deshalb nahm die Fraktion am öffentlichen Gelöbnis am 26.10.2005 nicht teil.

### Gegen Atomkraft, für erneuerbare Energien

Am 05.11.2005 waren Abgeordnete bei der Anti-Atom-Demo in Lüneburg dabei. Mit einem Flugblatt warnten sie vor einem Rückschritt in der deutschen Energiepolitik unter der großen Koalition und forderten den Ausbau der Förderung regenerativer Energien.

V.i.S.d.P. Hendrik Thalheim

## Die Fraktionsvorsitzenden

### Gregor Gysi

Gregor Gysi war Vorsitzender der PDS-Fraktion im Bundestag, Vorsitzender der PDS sowie Berliner Bürgermeister und Wirtschaftssenator.



»Linke Politik verdient Vertrauen, weil sie Alternativen mit den Menschen entwickelt.«

### Oskar Lafontaine

Oskar Lafontaine war Bundesminister für Finanzen, Bundesvorsitzender der SPD, Oberbürgermeister von Saarbrücken und Ministerpräsident des Saarlandes. Er ist Mitglied der WASG.



»Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.« (Victor Hugo)

# Für eine neue soziale Idee.

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG